

Stenographisches Protokoll

des

burgenländischen Landtages.

13. Sitzung der I. Session der I. Wahlperiode.

Am 30. Jänner 1923.

Inhalt.

Rundgebung, betreffend die Befestigung des Stutzgebietes
(Seite 269).

Mandatsniederlegungen (Seite 269).

Wahl eines Landesrates (Seite 269).

Angelobungen (Seite 269).

Bekanntgabe des Einlaufes (Seite 269).

Dringliche Anfrage

des Abgeordneten Fischl und Genossen, betreffend die
Einzahlungen bei der Ungarischen Landwirtschaftlichen
Arbeiter-Landeskasse — Redner: Abgeordneter Fischl
(S. 278).

Auffragen:

1. des Abgeordneten Burgmann und Genossen, be-
treffend die Bezahlung der beiden Nonnen an der
Eisenstädter Kinderbewahranstalt;

2. des Abgeordneten Geseßl und Genossen:

- a) betreffend die Ernennung von Schulleitern durch
den apostolischen Administrator und
- b) betreffend Mißstände bei der burgenländischen
Krankenkasse.

Dringlichkeitsanträge:

1. des Abgeordneten Koch und Genossen, betreffend die
Ausübung des Gewerbes von Burgenländern in den
übrigen Bundesländern — Redner: Abgeordneter
Koch (Seite 277);

2. des Abgeordneten Fischl und Genossen, betreffend
die Überschreitung der Grenzen bei Güssing durch
ungarische Patrouillen — Redner: Abgeordneter
Fischl (Seite 278).

Anträge:

1. des Abgeordneten Hajzani und Genossen, betreffend
die Errichtung einer Bürgerschule in Güssing;
2. der Abgeordneten Hoffenreich, Lancsics, Wohl-
muth, Lill und Genossen, betreffend die Förderung
des Feuerwehrwesens;
3. des Abgeordneten Wolf und Genossen, betreffend
ungerechte doppelte Steuerforderungen;
4. des Abgeordneten Koch und Genossen, betreffend
Regelung der Bezüge der burgenländischen Landtags-
abgeordneten (S. 277).

Verhandlungen.

Ges. h. betreffend die Voreinzahlung auf die Realsteuern.
Berichterstatter Koch (Seite 269).

Anträge des Rechtsausschusses, betreffend den
Antrag:

1. der Abgeordneten Huber, Koch und Genossen, be-
treffend die Ausstellung von Zwischenscheinen durch
die Finanzwachabteilung in Neckenmarkt. Bericht-
erstatter Koch (Seite 269) — Redner: Landesrat
Hoffenreich (Seite 269);

2. des Abgeordneten Burgmann und Genossen:
- a) betreffend die Rechts- und Disziplinarverhältnisse der Lehrpersonen;
 - b) betreffend die pensionierten Lehrpersonen. Berichterstatter Burgmann (Seite 270);
3. des Abgeordneten Wolf und Genossen, betreffend Ausgabe von Arbeiterfahrkarten in Bruck-Neudorf. Berichterstatter Geseßl (Seite 270);
4. des Abgeordneten Fischl und Genossen, betreffend die Herausgabe:
- a) der Grundbücher;
 - b) der Vormundschaftsakten und Minderbengelber. Berichterstatter Geseßl (Seite 270).

Anträge des Finanzausschusses, betreffend den Antrag:

1. des Abgeordneten Was und Genossen, betreffend den Ausbau:
 - a) des Feldweges von Luiting über Hagendorf;
 - b) der Straße Eberau—Winten—Eblitz. Berichterstatter Pomper (Seite 271);
2. des Abgeordneten Wolf und Genossen, betreffend die körperliche Erhaltung der burgenländischen Jugend. Berichterstatter Wolf (Seite 271);
3. der Abgeordneten Puz, Hajszanyi und Genossen, betreffend Steuernachlaß wegen Hagelschäden in den Bezirken Jennerdorf und Güssing. Berichterstatter Puz (Seite 271);
4. betreffend den Bericht und Antrag der Landesregierung wegen Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes an das Spital in Kittsee. Berichterstatter Mosler (Seite 272);
5. betreffend die Einhebung einer Landesabgabe für das Halten von Hunden. Berichterstatter Koch (Seite 276);

6. betreffend den Bahnbau Pinggau—Pinkafeld. Berichterstatter Valiko (Seite 276);
7. betreffend die Förderung der heimatischen Kunst. Berichterstatter Mosler (Seite 276);
8. betreffend Regelung der Bezüge der Landtagsabgeordneten. Berichterstatter Koch (Seite 277).

Anträge des Wirtschaftsausschusses, betreffend den Antrag:

- 1a) des Abgeordneten Fischl und Genossen, betreffend die Instandsetzung der Zufahrtsstraße von Norden nach Esden durch den Bezirkort Güssing;
 - b) des Abgeordneten Wolf und Genossen, betreffend die Herstellung und Instandsetzung wichtiger Straßen im Eisenstädter Bezirk;
 - c) des Abgeordneten Hajszanyi und Genossen, betreffend den Ausbau einer Landstraße von Güssing über St. Nikolaus a) bis Luiting, b) bis Punitz;
 - d) des Abgeordneten Kögl und Genossen, betreffend den Bau einer Straße von Apetlon nach Frauenkirchen. Berichterstatter Meizner (Seite 273) — Redner: die Abgeordneten Fischl (Seite 273), Kili (Seite 273), Wolf (Seite 274);
2. des Abgeordneten Kögl und Genossen, betreffend die Entwässerungsanlage von Zimth bis Apetlon zum Einsersanal. Berichterstatter Kögl (Seite 274);
 3. des Abgeordneten Hajszanyi und Genossen, betreffend die Strembachregulierung. Berichterstatter Hajszany (Seite 274);
 4. des Abgeordneten Wolf und Genossen, betreffend die Verichtigung der Kommassierung in Apetlon. Berichterstatter Meizner (Seite 274);
 5. des Abgeordneten Schneider und Genossen, betreffend den Waldbtausch der Gemeinde Dalkp und Gschief mit der Gutsbesitzung des Esterházy. Berichterstatter Schneider (Seite 275) — Redner: Abgeordneter Kili (Seite 275) — Landeshauptmann (Seite 275).

(Beginn der Sitzung: 15 Uhr 20 Minuten.)

Vorsitzender: Präsident Wimmer.

Schriftführerin: Bull.

Präsident (Nach Eröffnung der Sitzung und Genehmigung des letzten Protokolls): Hohes Haus! Die Ereignisse, deren Schauplatz das Ruhrgebiet ist (die Versammlung erhebt sich), schlingen um alle Deutschen der Welt ein Band innigster Brüderlichkeit. Wir Burgenländer, die wir jahrhundertlang am eigenen Leib erfahren mußten, was Fremdherrschaft bedeutet, können am besten ermessen, was der französische Imperialismus den Deutschen im Ruhrgebiet angetan. Trotz der unsäglichen Not in die Deutschland gestoßen wurde, trotz der schier unerträglichen Kette von Demütigungen, dem deutschen Volke von französischen Bajonetten aufgezwungen, ist es nicht das Gefühl der Trauer, das uns in dieser Stunde mit unseren Brüdern vereint, sondern das Gefühl des Stolzes, Fleisch vom Fleische, Blut vom Blute jener Arbeiter, Bauern und Bürger zu sein, die heute im Ruhrgebiete den heldenhaftesten Kampf der Weltgeschichte kämpfen. Nicht den Kampf der Waffe gegen Waffe, sondern den Kampf des blanken Rechtes gegen das bewaffnete Unrecht, den Kampf des Trostes gegen die Überhebung, den Kampf des Friedens gegen den Krieg. Durchseelt von demselben Stolz, der friedliche Männer stark machte, waffenstarrenden Soldaten zu trogen, nimmt das jüngste Mitglied der deutschen Volksfamilie, unser Burgenland den ihm zufallenden Teil von Not auf sich, die fluchwürdiger Imperialismus auf die Schultern des deutschen Volkes bürdet, in der aus seiner Geschichte geschöpften Zuerst: Frevelhafte Macht wird mit der Zeit durch Recht gebrochen. (Beifall.)

Im Einvernehmen mit allen Parteien wird die Absendung des folgenden Telegramms vorgeschlagen:

Reichspräsident

Berlin

Landtag Burgenlandes jüngsten deutschen Landes gelobt in einmütiger Kundgebung schwer bedrohten deutschen Brudervolke unerschütterliche Hingebung bewahren.

Landtagspräsident Wimmer.

Landesrat Walter hat seine Stelle als Landesrat und Abgeordneter Pratl sein Landtagsmandat niedergelegt. Zum Landesrate wurde Herr Viktor Voit mit 30 Stimmen gewählt; derselbe leistete ebenso wie der Ersatzmann Hermann Tanczics die Angelobung.

Schriftführerin Bull verliest die im Inhaltsverzeichnis angeführten Anfragen und Anträge und eine Gesetzesvorlage, betreffend die Einhebung einer Landesabgabe für das Halten von Hunden.

Präsident: Wir gelangen zur Verhandlung über das Gesetz, betreffend die Voreinzahlung auf die Realsteuern.

Berichterstatter Koch: Hoher Landtag! Dadurch, daß die Steuern des Bundes abgeändert worden sind, ist auch das Land bemüht, sich vorzusehen, um nicht schon im ersten Vierteljahr in Schwierigkeiten zu kommen. Es ist daher notwendig, daß ein Gesetz geschaffen wird, damit die Regierung beziehungsweise die Finanzverwaltung diese Voreinzahlungen einheben kann.

Da sich der Finanzausschuß in dieser Frage geeinigt hat, so unterbreite ich dem Hause nunmehr den Gesetzentwurf und ersuche um Annahme.

Präsident (Abstimmung): Das Gesetz ist in erster, zweiter und dritter Lesung beschloffen.

Wir verhandeln nun die Anträge des Rechtsausschusses, und zwar zunächst über den Antrag der Abgeordneten Huber, Koch und Genossen, betreffend die Ausstellung von Zwischenscheinen durch die Finanzwachabteilung in Neckenmarkt.

Berichterstatter Koch: Hoher Landtag! Der Dringlichkeitsantrag wurde in der 10. Sitzung am 23. November (S. 173) eingebracht, um dem Mißstand abzuwehren, der darin besteht, daß diejenigen, die durch Ödenburg durch müssen, bemüht sind, einen Zwischenschein zu lösen. Um nun den Umweg zu ersparen und da in Neckenmarkt ohnehin eine Finanzexpozitur besteht, so könnte dem abgeholfen werden. Dem Land entsteht dadurch keine Auslage, weil, wie gesagt, in Neckenmarkt ohnehin eine Finanzwache vorhanden ist. Der Rechtsausschuß beantragt, den Antrag der Landesregierung zu überweisen.

Landesrat Hufenreiß: Schon seinerzeit, als ein Dringlichkeitsantrag der christlichsozialen Partei eingebracht wurde, habe ich darauf verwiesen, daß dies eine reine Bundesangelegenheit sei, die der Finanzminister mit einem Federstrich erledigen könnte. Daß die Christlichsozialen diesen Antrag eingebracht haben, ist nur ein Beweis dafür, wie wenig die Christlichsozialen selbst in ihren eigenen Parteikreisen, bei ihren eigenen Abgeordneten Vertrauen genießen, aber auch ein Beweis dafür, daß die christlichsozialen Nationalräte, die für das Burgenland gewählt worden sind, ihre Pflicht nicht

tun, weil sie dem Finanzminister gegenüber auf diese Mißstände nicht hinweisen. Wenn wir im Landtage dafür stimmen, so tun wir es, weil wir uns dem Proteste der christlichsozialen Abgeordneten gegen die christlichsoziale Bundesregierung gern anschließen! (Beifall.)

Präsident (Abstimmung): Der Antrag ist angenommen.

Ein weiterer Antrag des Herrn Abgeordneten Burgmann betrifft die Rechts- und Disziplinarverhältnisse der Lehrpersonen.

Berichterstatter Burgmann: Ich habe bereits im August v. J. beantragt (3. Sitzung am 1. August 1922, Seite 23), daß solange das Disziplinargesetz für die Lehrer nicht hier im Hause erledigt ist, die Disziplinarangelegenheiten der Lehrerschaft nach den bestehenden österreichischen Gesetzen behandelt werden sollen. Es ist eben häufig vorgekommen, daß sich die Gendarmerie in Schulangelegenheiten eingemischt hat. Unsere Ansicht ist, daß darüber bis zur Schaffung eines modernen Disziplinargesetzes die zuständige Behörde urteilen soll und daß wir die Einmischung anderer Stellen entschieden zurückweisen müssen. Daher wird dieser Antrag (Seite 23) gestellt und der Rechtsausschuß empfiehlt dem Landtage die Annahme.

Präsident (Abstimmung): Der Antrag ist angenommen.

Ein weiterer Antrag betrifft die pensionierten Lehrpersonen.

Berichterstatter Burgmann: Dieser Antrag wurde auch von mir im August eingebracht (3. Sitzung am 1. August 1922) und ist bedauerlicherweise bis jetzt nicht zur Erledigung gekommen, obwohl die aktiven Lehrpersonen längst im Genuße der Bezüge nach den Salzburger Beschlüssen sind. Für diese alten, armen Pensionisten ist noch viel zu wenig geschehen. Einzelne wurden zwar aufgebeffert, aber die meisten haben mit Not und Elend zu kämpfen. Gerade diese Leute, die einst in Schulen mit 100 bis 160 Kindern schweren Dienst geleistet haben, denen wir alle unsere Vorbildung verdanken, sollen nicht jetzt im Alter Not leiden. Das wäre eine Schande für das Land. Daher beantragt der Rechtsausschuß, daß auch dieser Antrag angenommen und den alten Pensionisten wenigstens in diesem Belange, bevor noch das neue Gesetz in Rechtskraft tritt, eine Aufbesserung zuteil wird.

Präsident (Abstimmung): Angenommen.

Ein weiterer Antrag des Abgeordneten Wolf und Genossen betrifft die Ausgabe von Arbeiterfahrkarten in Bruck-Neudorf.

Berichterstatter Gesell: In Bruck-Neudorf bekommt man noch immer keine Arbeiterfahrkarten, obwohl sie wiederholt verlangt wurden und ein großer Bedarf danach vorhanden ist. Daher beantragt der Rechtsausschuß:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, zu erwirken, daß Arbeiterfahrkarten in Bruck-Neudorf ausgegeben werden.“

Präsident (Abstimmung): Angenommen.

Ein Antrag des Herrn Abgeordneten Fischl und Genossen betrifft die Herausgabe der Grundbücher.

Berichterstatter Gesell: Die Grundbücher, Mappen, Skizzen, Intabulationen, Böschungen usw. des Jennersdorfer und Neusiedler Bezirkes befinden sich derzeit noch immer in St. Gotthard, beziehungsweise Ungarisch-Altenburg und Nagendorf. Dadurch werden für die ganze Bevölkerung große Schwierigkeiten verursacht und es ist höchste Zeit, daß endlich diese Akten im Wege des Ministeriums des Außern von den in Betracht kommenden Stellen eingeholt werden. Der Rechtsausschuß stellt dazu den Antrag:

„Die Regierung wird aufgefordert, die Herausgabe der Grundbücher, Mappen, Skizzen, Intabulationen, Böschungen usw. des Jennersdorfer und Neusiedler Bezirkes zu erwirken.“

Der Antrag wird dem Landtag mit der Ergänzung zur Annahme empfohlen, die Herausgabe aller noch in Ungarn befindlichen Grundbücher zu verlangen.“

Präsident (Abstimmung): Angenommen.

Ein weiterer Antrag des Abgeordneten Fischl und Genossen betrifft die Herausgabe der Vormundschaftsakten.

Berichterstatter Gesell: Dieser Antrag ist dem vorigen ähnlich, auch die Herausgabe dieser Akten und der Mündelgelder ist notwendig und der Rechtsausschuß stellt dazu den Antrag:

„Die Regierung wird aufgefordert, zu erwirken, daß auf diplomatischem Wege durch das Ministerium des Außern die Übergabe der Vormundschaftsakten und Mündelgelder von den ungarischen Waisenämtern an die kompetenten Behörden durchgesetzt werde.“

Der Antrag wird dem Landtag mit der Ergänzung zur Annahme empfohlen, die Herausgabe aller noch in Ungarn befindlichen Vormundschaftsakten und Mündelgelder zu verlangen.“

Präsident (Abstimmung): Angenommen.

Wir kommen zur Berichterstattung über die „Anträge des Finanzausschusses.“

Zunächst über den Antrag des Herrn Abgeordneten Was und Genossen, betreffend den Ausbau des Feldweges von Luifing über Hagendorf zur Reichsstraße. (Eingebracht in der 10. Sitzung am 23. November 1923.)

Berichtersteller **Pomper:** Die ungünstige Abgrenzung zwischen dem Burgenland und Ungarn hat Mißstände gebracht, die für manche Gemeinden unhaltbar sind. Sie haben ihre Verkehrswege und Straßen ganz verloren, wirtschaftlich könnten sie sich aber nur entwickeln, wenn sie gute Verkehrswege haben. Es wird daher vom Finanzausschusse die Annahme des Antrages beantragt und an die Landesregierung zwecks Durchführung verwiesen. Die großen Lasten, die die Gemeinden in Zukunft werden tragen müssen, erfordern es, daß ihnen der Landtag auch etwas entgegenkommt.

Präsident (Abstimmung): Angenommen.

Ein weiterer Antrag des Abgeordneten Was und Genossen betrifft den Ausbau der Straße Eberau—Winten—Edlitz. (Siehe 10. Sitzung am 23. November 1923.)

Berichtersteller **Pomper:** Hier ist ganz der gleiche Fall. Auch diese Gemeinden leiden unter der ungünstigen Grenzregulierung und wir müssen ihnen entgegenkommen, damit sie sich entwickeln können. Der Finanzausschuß beantragt daher ebenfalls diesen Antrag der Landesregierung zwecks Durchführung zuzuwiesen.

Präsident (Abstimmung): Angenommen.

Ein weiterer Antrag des Abgeordneten Wolf und Genossen betrifft die körperliche Ertüchtigung der burgenländischen Jugend.

Berichtersteller **Wolf:** Hoher Landtag! In einer erhebenden Kundgebung unseres Landtages ist es heute zum Ausdruck gekommen, daß nicht nur Waffen der Gewalt entgegengesetzt werden können, sondern daß oft im Leben der Völker, in den Ländern und Staaten, auch sittliche Kräfte sind, die geeignet sind, sich der Willkür entgegenzustellen, um den Sieg davonzutragen.

Dieses Beispiel soll Ihnen auch zeigen, daß die sittliche Ertüchtigung unserer Jugend von ganz hervorragender Bedeutung im Leben unseres Volkes ist.

Wenn Sie einen Blick in unser öffentliches Leben werfen, so sehen Sie die Folgen in der Verrohung durch den vierjährigen Krieg und durch

die Nachkriegszeit und auch in körperlicher und sittlicher Beziehung. Wenn jemand um das Volkswohl besorgt ist, so ist es in erster Linie seine Pflicht — also auch Pflicht des Landtages und Pflicht der sogenannten Volksvertreter — alles dafür einzusetzen, um diesen Mißständen abzuwehren; es ist daher wohl begreiflich, daß meine Partei, unter Zustimmung aller Parteien, in der Landtagsitzung vom 12. Oktober 1922 den Antrag, betreffend die körperliche Ertüchtigung der burgenländischen Jugend, gestellt hat.

Wenn schon am 12. Oktober alle jene, die sich draußen im öffentlichen Leben irgendwie betätigen, Anlaß genug gehabt haben, sich für diesen Antrag einzusetzen, so bin ich heute in der traurigen Lage, durch ein neues Beispiel gesehen und gelernt zu haben, wie sehr es notwendig ist, alle Kreise darauf aufmerksam zu machen, daß der Turnunterricht sowohl in Vereinen gepflegt als auch in den Schulen eingeführt werde.

Es ist nur traurig, daß ein Beispiel, das leider gerade in meiner Heimatgemeinde Neustedt am See vorgekommen ist, gezeigt hat, daß die christlich-soziale Gemeinderatsmehrheit es nicht für würdig und notwendig erachtet, einen Turnverein in seinen so wichtigen Bestrebungen zu unterstützen, ja im Gegenteil, es wurden ihm nur Schwierigkeiten gemacht. Dieses eine Beispiel allein schon stärkt mich den hohen Landtag zu bitten, dem Beschlusse des Finanzausschusses zuzustimmen, welcher lautet:

Die Regierung wird aufgefordert der körperlichen Ertüchtigung der heranwachsenden Jugend ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden und aus diesem Grunde besonderen Wert auf die Pflege des Turnens zu legen. Die Regierung wird aufgefordert, in den nächsten Voranschlag einen entsprechenden Betrag aufzunehmen und einen geeigneten Fachmann für das Turnwesen zu bestellen.

Präsident (Abstimmung): Angenommen.

Berichtersteller **Puth:** In der 9. Sitzung am 12. Oktober 1922 wurde von meiner Partei folgender Antrag gestellt:

„Den Gemeinden der Bezirke Jennersdorf und Güssing, ist mit Rücksicht auf die Hagelschäden ein entsprechender Steuernachlaß zu bewilligen.“

Der Finanzausschuß empfiehlt diesen Antrag zur Annahme und Überweisung an die Landesregierung zwecks Durchführung. Es ist in manchen Gegenden wirklich so arg, daß sie nur Hafer und Roggen haben, von Weizen ist keine Rede und sollte ihnen eine Summe rückerstattet werden, damit sie wenigstens etwas Getreide und Mehl kaufen können.

Präsident (Abstimmung): Angenommen.

Der nächste Antrag betrifft die Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes an das Spital in Kittsee.

Berichterstatter Mosler: Hoher Landtag! Die Landesregierung hat an den Landtag einen Bericht gesendet, nach welchem sie das ehemalige Fürst Batthyáni'sche Privatspital in Kittsee nun übernimmt und mit dem Öffentlichkeitsrecht ausstatten will. Nach dem Übereinkommen, das abgeschlossen worden ist, übergibt der Fürst Dr. Ladislaus Batthyáni das im Jahre 1905 sehr zweckmäßig erbaute Spital an das Land samt Nebengebäuden und einem Spitalgarten, und zwar auf die Dauer von 30 Jahren mit dem Vorbehalt, daß das Objekt auf Vertragsdauer Eigentum des Fürsten bleibt.

Zwei Jahre vor Ablauf des Vertrages — also im Jahre 1950 — sind Verhandlungen wegen Weiterbetrieb des Spitals einzuleiten, wobei beide Teile dahin zu wirken haben, daß das Krankenhaus seiner Widmung weiterhin erhalten bleibt.

Der Vertrag wird im Grundbuch einverleibt.

Die Arbeiten zur Instandsetzung des Krankenhauses sind im Zuge, so daß die Eröffnung im Laufe des Monats Dezember, eventuell im Jänner 1923 erfolgen dürfte, und zwar zunächst mit 40 Betten, späterhin erweiterungsfähig auf 60 Betten.

Da ein Landesgesetz über öffentliche Krankenanstalten im Burgenland erst in Vorbereitung steht, die Bestimmungen des Krankenanstaltengesetzes (Gesetz vom 15. Juli 1920, B. G. Bl. Nr. 327) über die Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes jedoch hierzulande nicht gelten, verweist die Landesregierung die Zustimmung des Landtages einholen zu sollen, daß dieses Krankenhaus als ein allgemeines, öffentliches Krankenhaus betrieben werde.

Im Burgenlande bestehen nur zwei öffentliche Spitäler, und zwar in Oberwarth und Güssing mit je 40 Betten Belag. Weiters bestehen zwei private Spitäler. Das Burgenland ist in bezug auf die Spitäler sehr schlecht daran und es ist daher nur zu begrüßen, daß ein weiteres Spital eröffnet wird, so daß die Kranken, insbesondere diejenigen, die eine Operation durchzumachen haben, nun in einem Spital untergebracht werden können. Es werden also ungefähr 160 bis 200 Spitalbetten in der nächsten Zukunft zur Verfügung stehen und ein Spitalbett wird auf 1500 Bewohner des Landes kommen. Wenn wir bedenken, daß in den anderen Bundesländern unserer Republik ein Spitalbett auf 300 und weniger Einwohner kommt, so sehen wir, daß es im Burgenland in dieser Hinsicht trotzdem noch immer sehr schlecht bestellt ist. Wenn wir dazu wissen, daß in der früheren österreichisch-ungarischen

Monarchie in den Ländern, die kulturell am meisten zurückgeblieben waren, wie in Galizien, der Bukowina und in Dalmatien ein Spitalbett schon auf 1000 Einwohner gekommen ist, so erkennen wir, daß das Burgenland heute noch schlechter gestellt ist, als diese kulturell am meisten zurückgebliebenen Länder der früheren Monarchie und daß das Burgenland in dieser Beziehung ungefähr auf einer Stufe steht, auf der diese Länder der Monarchie vor 60 und 80 Jahren gestanden sind!

Das Spital in Kittsee, das eröffnet wird, wird für manche Bewohner des Landes, insbesondere im Bezirk Oberpullendorf aber auch im Eisenstädter Bezirk, besonders für jene, die sich einer Operation unterziehen müssen, sehr schwer erreichbar sein. Es wird daher notwendig sein, daß hier eine Ausgestaltung Platz greift. Leider sind wir infolge der finanziellen Lage des Landes sehr schlecht gestellt. Von einem Neubau eines Spitals — so gern wir dafür wären — kann keine Rede sein, weil dem Lande die nötigen Milliarden nicht zur Verfügung stehen. Es wäre nur der eine Weg gangbar, daß man trachtet, sobald als möglich die geeigneten Baulichkeiten zu finden, um für diesen Bezirk Spitäler einzurichten und so den Bedürftigen in diesem Teil des Landes Rechnung zu tragen und Hilfe zu bringen.

Der Finanzausschuß, der sich mit dieser Sache beschäftigt hat stellt den Antrag:

„Der Landtag nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis und stimmt zu, daß das in Kittsee zu eröffnende Krankenhaus als ein allgemeines öffentliches Krankenhaus betrieben werde.“

Ich ersuche im Namen aller Parteien, die im Finanzausschuß einhellig damit einverstanden waren, diesen Antrag anzunehmen.

Präsident (Abstimmung): Der Antrag ist beschlossen.

Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung der Anträge des Wirtschaftsausschusses.

Zur Verhandlung gelangt zunächst der Antrag des Abgeordneten Fischl und Genossen, betreffend die Instandsetzung der Zufahrtstraße vom Norden nach Süden durch den Bezirksort Güssing, dann der Antrag des Abgeordneten Wolf und Genossen, betreffend die Herstellung und Instandsetzung wichtiger Straßen im Eisenstädter Bezirk, der Antrag des Abgeordneten Hajszanyi und Genossen, betreffend den Ausbau einer Landesstraße von Güssing über St. Nikolaus usw. bis Luising, ferner von Güssing über St. Nikolaus usw. bis Heiligenbrunn und von Güssing bis Pünig,

endlich der Antrag des Abgeordneten Kögl und Genossen, betreffend den Bau einer Straße von Apetlon nach Frauenkirchen.

Berichterstatter **Meixner**: Hohes Haus! Es wurden mehrere Anträge über das Straßen- und Verkehrswesen eingebracht. Die Verkehrsstraßen zeigen gewissermaßen die wirtschaftliche Lage eines Landes und um die Straßen wieder auf die richtige Höhe zu bringen, sind alle diese Anträge eingebracht worden.

In der Richtung von Norden nach Süden führt durch Güssing die sogenannte Damuisstraße, die eine Komitatsstraße ist und von vier Komitatsstraßen und zwei Vizinalstraßen gekreuzt wird. Diese Straße ist während der langen Kriegsjahre von der ungarischen Regierung arg vernachlässigt worden und ist jetzt infolge des großen Autoverkehrs total ruiniert.

Der Wirtschaftsausschuß beantragt: Der Antrag

„Die Regierung wird aufgefordert, zu veranlassen, daß die Zufahrtsstraße vom Norden nach Süden durch den Bezirksort Güssing, die I—II/4 lang ist, ordentlich beschottert und gerollt werde, damit durch einen so stark frequentierten Ort zumindest eine ordentliche Straße führt“

wird vom Hause befürwortet und der Landesregierung zwecks weiterer Behandlung zugewiesen. Ich erlaube das hohe Haus dem zuzustimmen.

Der zweite Antrag betrifft die Instandsetzung einer Reihe von Straßen im Eisenstädter Bezirke, die sich in einem Zustande befinden, daß sie bei schlechtem Wetter und im Winter den starken Verkehr unmöglich bewältigen können. Daher ist ihre Herstellung noch vor Eintritt des Winters geboten.

Der Ausschuß schlägt dem Hause den Antrag vor:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, den Ausbau, beziehungsweise die Instandsetzung folgender Straßen unverzüglich in die Wege zu leiten:

1. Eisenstadt—Neufeld—Hornstein;
2. Eisenstadt—Weggabelung Traarersdorf—Klingenbach;
3. Eisenstadt—St. Jörgen;
4. Oggau—Rust—Mörbisch“

anzunehmen und der Landesregierung zwecks weiterer Behandlung zuzuweisen.

Der dritte Antrag des Abgeordneten Hajzanyi und Genossen betrifft:

„den baldmöglichsten Ausbau einer Landesstraße von Güssing über St. Nikolaus, Glasfing, Summetendorf Heiligenbrunn, Deutsch-Bieling, Hagersdorf bis Güssing,

ferner von Güssing über St. Nikolaus, Groß-Mörbisch, Meinersdorf bis Heiligenbrunn und endlich von Güssing bis Punitz.“

Die Gemeinden St. Nikolaus, Glasfing, Summetendorf, Heiligenbrunn, Deutsch-Bieling, Hagersdorf im unteren Strentale liegen weit abseits von den Hauptstraßen. Als Verbindungswege haben sie von einem Dorf ins andere ganz gewöhnliche Verkehrswege, die sich bei anhaltender regnerischer Witterung in ein Kotmeer verwandeln, so daß die Verkehrsmittel bis zur Achse versinken, so daß jeder Wagenverkehr unmöglich gemacht wird. Ebenso ist es bei den Gemeinden Groß-Mörbisch, Meinersdorf und Punitz. Alle diese Gemeinden haben derzeit Wege, die jedem Kulturzustande Hohn sprechen.

Der Wirtschaftsausschuß schlägt dem Hause vor, diese Anträge anzunehmen und der Landesregierung zur weiteren Behandlung zuzuweisen.

Der letzte Antrag stammt von dem Herrn Abgeordneten Kögl und Genossen und betrifft den Bau einer Straße von Apetlon nach Frauenkirchen.

Für die Gemeinden Apetlon, Punitz und die beiden Apetloner Herrschaften bildet Frauenkirchen das Zentrum. Dieser Ort ist der einzige Wochenmarktplatz. Da die Straße schon im Jahre 1912 zur Übernahme in Aussicht genommen wurde, schlägt der Wirtschaftsausschuß dem Hause vor:

„Die hohe Landesregierung wird beauftragt alle möglichen Schritte zu unternehmen, um den Ausbau der wichtigen Straße von Apetlon nach Frauenkirchen ehestens in Angriff zu nehmen.“

Abgeordneter **Kissl**: Hoher Landtag! Ich erlaube dem hohen Landtag, daß er dem Antrag über die Straße, welche von Norden nach Süden durch den Bezirk und Ort Güssing geht, eine besondere Befürwortung zuteil werden läßt, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil man einen aufstrebenden Bezirksort in jeder Weise der Kultur zugänglich machen soll. Der Ort ist, da diese Straße von vier Seiten befahren wird, tatsächlich bei schlechter Witterung unpassierbar.

Ich bitte, daß der hohe Landtag bei der Regierung alles mögliche tut, damit diese eineinhalb Kilometer lange Straße in raschster Weise instand gesetzt wird.

Abgeordneter **Till**: Hohes Haus! Zu dem Antrage des Wirtschaftsausschusses bezüglich der Straße Punitz—Apetlon via Frauenkirchen kann nur einer sprechen, der die Verkehrsverhältnisse im nördlichen Burgenland, speziell im Seewinkel genau kennt. Ich kann hier feststellen und alle Herren, die aus dieser Gegend sind, werden ein Lied davon singen können, daß die Wege in dieser

Gegend geradezu unfahrbar sind. Diese beiden Gemeinden sind vom Verkehre ganz ausgeschlossen, sie haben keine Bahnstation. Sie sind in wirtschaftlicher Hinsicht geradezu von der Umgebung abgeschnitten. Der Ausbau dieser Straßen ist also vom wirtschaftlichen Standpunkt aus notwendig.

Ich bitte das hohe Haus, beziehungsweise die Landesregierung und den Herrn Referenten für Bauten, zu trachten, daß diese Straßen ehestens in Angriff genommen werden.

Ich betone nochmals, es wurden in diesem hohen Hause schon sehr viele Anträge wegen der Straßen eingebracht, allerdings stehen dem Referenten in der Landesregierung wenig Mittel zur Verfügung, aber dennoch könnte für diese wichtigen Verkehrswege etwas mehr geschehen. Ich möchte dies hauptsächlich dem Herrn Landesrat Raß empfehlen, weil ich weiß, daß er vor kurzem in unserem Bezirk war und dort eine Vergnügungsfahrt unternommen hat, beziehungsweise eine Dienstreise, und er hat dort gewiß gesehen, welches Vergnügen es ist, auf der Straße zwischen Neusiedl und Weiden zu fahren. Lastfuhrwerk kommt dort überhaupt nicht fort. Also in der zuversichtlichen Hoffnung, daß der Herr Landesrat und Referent zur Abhilfe sein möglichstes tun wird, bitte ich Sie, den Antrag anzunehmen. *(Beifall.)*

Abgeordneter **Wolf**: Ich will als Kenner der Lage mir kurz erklären, daß ich mich den Ausführungen des Herrn Vorredners vollkommen anschließe.

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung über die vier Anträge. Ich bitte die Mitglieder, welche dieselben in der vom Wirtschaftsausschusse vorgeschlagenen Fassung annehmen, sich zu erheben. *(Geschlecht.)* Angenommen.

Ein weiterer Antrag betrifft die Entwässerungsanlage von Ilmiz-Apetlon zum Einserkanal.

Berichterstatter **Kügl**: Bereits am 12. Oktober wurde diese Entwässerungsanlage beantragt. Der Wirtschaftsausschuß beantragt:

„Die Landesregierung wird ersucht, mit der Leitung der Raabregulierungsgesellschaft, welche derzeit ihren Sitz in Raab (Ghör) hat, über die Entwässerungsanlage von Ilmiz, Apetlon zum Einserkanal zu verhandeln.“

Präsident (Abstimmung): Angenommen. Ein weiterer Antrag des Abgeordneten Hajszanyi und Genossen betrifft die Strembachregulierung.

Berichterstatter **Hajszanyi**: Es gereicht mir zur besonderen Befriedigung, daß ich über diesen von mir am 12. Oktober eingebrachten Antrag, der im Wirtschaftsausschuß am 24. November beraten wurde, heute berichten kann. Schon seit uralter Zeit leiden die Bewohner des Stremtales fortwährend durch die Austritte des Strembachs; nach anhaltendem Regen und starken Regengüssen steht das Tal oft tagelang in weiten Strecken unter Wasser, das besonders im Frühjahr und Sommer schwere Schäden verursacht. Die Hauptursache der Überschwemmungen ist die Enge des Bettes des Strembachs, besonders im oberen Teil, wo es so eng ist, daß es von Kindern leicht übersprungen werden kann. Es wird Ihnen, da der Landwirtschaft fortwährend ein riesiger Schaden zugefügt wird, folgender Antrag zur Annahme empfohlen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die Regulierung des Strembachs ehestens zu veranlassen und sobald als möglich durchzuführen.“

Präsident (Abstimmung): Angenommen.

(Landeshauptmann Dr. Rausnitz erscheint im Saal und wird mit stürmischem Händeklatschen begrüßt.)

Ein weiterer Antrag des Abgeordneten Wolf und Genossen betrifft die Berichtigung der Kommassierung in Apetlon.

Berichterstatter **Meixner**: Dieser Antrag, welchen wir am 23. November 1922 eingebracht haben, soll der Landesregierung zur weiteren Behandlung zugewiesen werden. Im Jahre 1914 haben mehrere Gemeinden Kommassierungen vorgenommen, um ihre wirtschaftliche Lage zu bessern, ihre Wirtschaft intensiver betreiben zu können und auch leichter zu arbeiten, weil sie weniger Arbeitskräfte brauchen. Man kann dann auch leichter die Grundklassifikation vornehmen. Nachdem aber damals der Krieg schon ausgebrochen war, und viele Eigentümer infolge Einrückens nicht in der Lage waren, ihre Rechte zu vertreten, sind große Ungerechtigkeiten vorgekommen und manchem wurde der Grund in geringerem Ausmaß und in schlechterer Qualität zugewiesen als es sein sollte. Daher stellt der Wirtschaftsausschuß den Antrag:

„Die Regierung wird aufgefordert, die Kommassation in Apetlon überprüfen und ehestens richtigstellen zu lassen.“

Präsident (Abstimmung): Angenommen.

Ein weiterer Antrag des Abgeordneten Schneider und Genossen betrifft einen Waldtausch der Gemeinde Döslip und Gschleß mit der Gutsbesitzung des Esterházy.

Berichterstatter Schneider: Es ist das eine alte Geschichte. Schon vor hundert Jahren war der Übelstand, daß diese Ortschaften von ihrem Urbarrallstand durch das Gut der Esterházy ganz abgeschnitten waren und Umwege bis zu zwölf Stunden machen mußten. Esterházy unterhält den großen Tiergarten, den wir, wenn wir beim Fenster hinaussehen, vor Augen haben und der heute ein Luxus ist. Jeder Bauer muß jetzt für einen Hund Steuer zahlen, dort laufen aber diese vielen Tiere herum, die ein Luxus sind und für die keine Steuer gezahlt wird. In Oslip besitzt Esterházy bereits die Hälfte des Gemeindegebietes und zahlt eine Landesabgabe von acht Millionen, während kleine Bauern und Müllner schon vier Millionen zahlen. Der Tiergarten war schon vor 100 bis 200 Jahren und man kann die Leute nirgends um Holz hinschicken, weil er abgesperrt ist. Der Leithawald und der Gemeindewald ist auch geschlossen und so können die Arbeiter und Bauern kein Holz bekommen. Die Folge davon ist, daß die Leute nach Pürbach — das 12 bis 14 Kilometer von Oslip entfernt ist — um das Brennmaterial gehen müssen, wo die dortigen die Gelegenheit benutzen um drei Viertel des Holzes zu stehlen. Ich möchte daher alle Parteien bitten, daß in dieser Angelegenheit, die sich schon Jahrhunderte hinzieht, zugunsten der Bevölkerung und des Landes durch den Anschluß an Österreich in der freien Republik etwas geschieht und ersuche um Annahme des folgenden Antrages:

„Die Landesregierung wolle dem Ansuchen Folge geben und dadurch den Ortsbewohnern die Möglichkeit bieten, nicht nur Zeitverluste zu ersparen sondern auch die Sicherung ihres Eigentumes herbeizuführen.“

Abgeordneter Tüll: Sie haben die Ausführungen meines Kollegen Schneider gehört. Nicht nur in der Eisenstädter Umgebung ist der Waldbesitz des Esterházy so ungerecht verteilt, daß dadurch die Gemeinden oft zu großem Schaden kommen, sondern das ist im ganzen Lande so, im Neusiedler Bezirk ebenso wie im Bullendorfer Bezirk. Im Süden hört man eigentlich nichts als: Ja, wenn wir vom Esterházy nur das eine oder andere was wir früher vor Jahrzehnten besessen haben, einmal zurückbekommen würden. Bei uns im Bezirk ist das Schmerzenskind der Neusiedler See, welcher eine Existenzfrage für die Bevölkerung, die um den See herum lebt, bedeutet. Alle Gemeinden von Breitenbrunn bis hinunter nach Flumitz, Apetlon können davon erzählen, welche Schwierigkeiten bestehen und wie sehr eigentlich ihre Existenz gefährdet ist und welche Kämpfe sie führen müssen und da wäre es sehr angezeigt, wenn die Landes-

regierung einmal ernstlich die Eigentumsrechte am Neusiedlersee und an den verschiedenen Waldungen überprüfen würde. Es gehen verschiedene Legenden herum, nach denen sie vor Jahrzehnten Eigentum der Gemeinde waren, allerdings kann dies nur die Gemeinde Winden mit Dokumenten nachweisen.

Von seiten der Güterverwaltungen ist dieses Gut seit Jahrzehnten an große Pächter und Spekulanten verpachtet worden, während der kleine Bauer, der Hänsler und Arbeiter, der vielleicht nicht einmal ein Joch hat, kein Feld oder Wiese bekommen kann, wo er sein Vieh weiden lassen könnte, damit er wenigstens im Frühjahr Futtermittel hat. Für diese Leute ist das eine Existenzfrage. Für die großen Pächter müssen dann die kleinen Bauern arbeiten und werden viele Millionen auf Kosten dieser Arbeitsbauern verdient. Das ist eine ungerechte Sache und es wäre hoch an der Zeit, wenn die Landesregierung daranginge, die Eigentumsrechte an dem See und an den Waldungen zu prüfen, damit eventuell die Gemeinden dieselben bekommen und damit, wenn verpachtet wird, an die Gemeinden verpachtet wird, die schon einen Modus finden werden, um die Bevölkerung zu befriedigen. Ich möchte den vorliegenden Antrag nur noch dahin ergänzen, daß der Herr Landeshauptmann sich intensiv und eingehend in der kürzesten Zeit mit dieser Angelegenheit beschäftigen möge.

Landeshauptmann Rausnik: Hohes Haus! Ich möchte auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Tüll besonders zurückkommen und den Landtag versichern, daß die Landesregierung — und schon früher die Landesverwaltung — stets bestrebt war, in die äußerst komplizierten und leider nicht vollkommen geklärten Besitzverhältnisse des Landes Licht zu bringen.

Leider besteht nach dem Friedensvertrage der unglückliche Zustand, daß das wichtigste Aktenmaterial, namentlich die Katastralmappen und ihre Aufnahmen — auch solche, die Ungarn betreffen — sich in Preßburg befindet. Die Mappen herauszubekommen ist uns bis jetzt nicht gelungen, es dürften aber die Verhandlungen bereits soweit gediehen sein, daß wir, nachdem eine Zurückweisung der letzten Ansprüche auf den Kunstbesitz erfolgt ist, endlich das Material bekommen werden. Dann werden die Besitzverhältnisse nicht nur geprüft sondern auch die vielen Komplikationen, die, überall wo sie vorgenommen wurden, nur einen tiefen Stachel zurückgelassen haben, überprüft werden und wir hoffen dann endlich die Ruhe, die sich aus geregelten Besitzverhältnissen ergibt und die wir ja alle anstreben, erzielen zu können. (Beifall.)

Präsident (Abstimmung): Der Antrag ist angenommen.

(Nach einer Sitzungsunterbrechung von $\frac{3}{4}$ Stunden): Wir nehmen die Sitzung wieder auf.

Zur Verhandlung gelangt der Gesetzentwurf, betreffend die Einhebung einer Landesabgabe für das Halten von Hunden.

Berichterstatter Roth: Hoher Landtag! Seit einem Jahr ist hinsichtlich der Hundesteuer eigentlich ein bißchen ein Durcheinander gewesen, denn manche Gemeinden haben sie eingehoben und manche nicht. In Ungarn war diese Steuer eine Komitatssteuer, eine Komitatsumlage, und nach der Übernahme des Landes haben sie manche Gemeinden weiter eingehoben, manche aber nicht. In Österreich ist diese Steuer gewöhnlich eine Landessteuer und dieser Gesetzentwurf wird eingebracht, damit sich das Burgenland dem anpaßt. (Verliest ihn.)

Präsident (Abstimmung): Das Gesetz ist in den drei Lesungen beschlossen.

Wir gelangen zur Beratung eines Initiativantrages des Finanzausschusses, betreffend den Bahnbau Pingau—Pinkafeld.

Berichterstatter Baliko: Die Verkehrsschwierigkeiten im südlichen Burgenlande müssen endlich einer Lösung zugeführt werden. Es ist zwar beim Zusammentritt des burgenländischen Landtages ein Antrag gestellt worden, diese Bahn zu bauen, der Antrag wurde auch angenommen, aber leider müssen wir konstatieren, daß man bisher noch nicht viel davon merkt. Es ist eigentlich nichts geschehen. Die Bundesregierung hat zwar damals die Finanzierung des Bahnbaues in Aussicht gestellt, aber leider sehen wir heute, daß die damals bewilligten Mittel nicht hinreichend waren, und so wurden die Arbeiten leider eingestellt, angeblich wegen der finanziellen Schwierigkeiten. Der Bahnbau ist aber unbedingt notwendig. Wer den südlichen Teil unseres Landes kennt, weiß, wie es dort aussieht, daß die Bevölkerung von allen Seiten förmlich abgeschnitten ist. Nachdem der Anschluß an Österreich vollzogen und das südliche Burgenland von Ungarn abgetrennt ist, hat die dortige Bevölkerung keine Möglichkeit mehr, irgendwohin zu gelangen, denn über Steinamanger geht es heute nicht mehr wegen der Passschwierigkeiten, Wisa usw. Das Projekt dieser Bahn wurde seinerzeit schon von der ungarischen Regierung ins Auge gefaßt. Aber damals hat die Südbahngesellschaft in Ungarn einen solchen Einfluß gehabt, daß sie diesen Anschluß verhindern konnte. Die ungarische Regierung hat sich zum willigen Werkzeug der Südbahngesellschaft hergegeben. Nachdem aber jetzt das Burgenland zu Österreich gehört, glauben wir, daß die österreichische Regierung auch im südlichen Teil den Verkehr dadurch erleichtern

muß, daß sie diese Bahn endlich baut. Neun Monate ist so viel wie nichts gemacht worden; es handelt sich nicht nur um den Verkehr als solchen, sondern auch um die Hebung der Bautätigkeit. Speziell wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß im südlichen Teil des Burgenlandes endlich Arbeitsgelegenheit geschaffen werden muß, damit unsere Arbeitslosen, die ja hier massenhaft vorhanden sind, endlich eine produktive Arbeitslosenunterstützung erhalten. Ich glaube wohl, daß das hohe Haus dem Antrag zustimmen wird, der lautet:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Zum Zwecke der Fortsetzung des Bahnbaues Pingau—Pinkafeld ist für den Fall, daß es dem Bund unmöglich werden sollte, in den nächsten zwei Monaten die Baukosten des Tunnels zu bestreiten, bis zum Einlangen der Beiträge der Interessenten der Höchstbetrag von 1.1 Milliarden, das ist einundbeizehntel Milliarden Kronen aus Landesmitteln vorzustrecken.

Durch diese Ausgabe dürfen jedoch die anderen budgetmäßig und durch den Finanzkontrollauschuß bewilligten Ausgaben nicht beeinträchtigt werden.“

Präsident (Abstimmung): Angenommen.

Ein weiterer Antrag des Finanzausschusses betrifft die Förderung der heimatischen Kunst.

Berichterstatter Mosler: Vor einiger Zeit hat in Eisenstadt eine Ausstellung heimatischer burgenländischer Künstler stattgefunden und hat sich der Landtag neben anderen öffentlichen Körperschaften bemüht, auch etwas zur Unterstützung der Künstler beizutragen. Es ist daher heute vom Finanzausschuß ein Initiativantrag beschlossen worden, der beinhaltet, daß von dieser Kunstausstellung einige Sachen angekauft werden. Der Antrag lautet:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Zur Förderung der heimatischen Kunst sind aus der letzten in Eisenstadt veranstalteten burgenländischen Kunstausstellung Bilder, insbesondere solche, die heimatische Motive enthalten, anzukaufen; hierzu wird der Betrag von 2 Millionen Kronen bewilligt.“

Es ist selbstverständlich, daß jene Körperschaft, die als oberste des Landes gilt, vor allem Wert darauf legt, daß heimatische burgenländische Motive angekauft werden und dadurch nicht nur eine Unterstützung der betreffenden Künstler, sondern auch die Förderung der Motive, die im Burgenlande vorhanden sind, auszudrücken. Das Burgenland hat sehr

schöne Darstellungen und wünschen wir, daß in Zukunft, insbesondere aus dieser Angelegenheit heraus, eine Förderung des heimatischen Kunstgewerbes Platz greift und eine hohe und schöne Entwicklung nimmt.

Ich ersuche Sie im Namen aller Parteien des Hauses den vorliegenden Antrag anzunehmen.

Präsident (Abstimmung): Angenommen.

Ein weiterer Antrag des Finanzausschusses betrifft die Regelung der Bezüge der burgenländischen Landtagsabgeordneten.

Berichterstatter Koch: In der letzten Zeit haben die Mitglieder des niederösterreichischen Landtages ihre Bezüge reduziert. Da die burgenländischen Landtagsabgeordneten punkto Spesen den Niederösterreichern nicht nachstehen, ja sogar mehr Auslagen haben, beantragt der Finanzausschuß:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Bezüge der burgenländischen Landtagsabgeordneten sind den jetzigen reduzierten Bezügen der niederösterreichischen Landtagsabgeordneten gleichzustellen.“

Dieser Beschluß tritt mit 1. Februar 1923 in Kraft.“

Präsident (Abstimmung): Angenommen.

Ich bitte die heute eingebrachten Dringlichkeitsanträge zu verlesen.

Schriftführerin Bull (liest):

Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Koch und Genossen, betreffend die Ausübung des Gewerbes von Burgenländern in den übrigen Bundesländern.

Den Angehörigen der übrigen Bundesländer ist es gestattet, ihr Gewerbe im Burgenland auszuüben, umgekehrt jedoch ist es nicht der Fall. Mit Berufung auf die Verordnung der Bundesregierung vom 22. Juni 1921, S. 485, stellen die Gefertigten den Dringlichkeitsantrag:

„Daß die Bundesregierung ehestens verlautbaren soll, daß den Burgenländern in den übrigen Bundesländern die Ausübung ihres Gewerbes gestattet werde.“

Abgeordneter Koch (zur Begründung der Dringlichkeit): Dieser Antrag berührt uns alle miteinander, weil wir bis heute so halb und halb „Österreicher Nr. 2“ sind, denn Österreicher sind wohl berechtigt im Burgenland ihr Gewerbe zu betreiben, während die Burgenländer, die vor dem Anschluß ein großes Gebiet inne gehabt haben und

die früher die Möglichkeit gehabt haben, ganz Ungarn mit dem Handel und Gewerbe auszunutzen, bemüht sind, nur im Burgenland allein ihr Gewerbe auszuüben, was ein Ding der Unmöglichkeit ist. Dann trifft es sich, daß im Jahre 1920 die Herren alle haben ziemlich viel Steuer zahlen müssen, weil sie ein gutes Geschäft gemacht haben und auch heute große Umlagen zahlen müssen, dabei aber kein Geschäft machen, weil sie nicht nach Österreich hinüber dürfen.

Präsident (Abstimmung): Die Dringlichkeit ist zuerkannt.

Abgeordneter Koch: Es ist in der letzten Zeit vorgekommen, daß Handeltreibende mit etwas hinausgefahren sind, was sie hier nicht verkaufen konnten, und dann in Österreich empfindlich gestraft worden sind, während umgekehrt jeder, der in Österreich Steuer zahlt, gemächlich hier Geschäfte machen kann, und zu drei Viertel von denen, die von Österreich hereingekommen sind, Geschäfte betrieben werden, während unsere Handeltreibenden — von denen wir in manchen Bezirken ziemlich viel haben — nichts machen können. Was das Gewerbe angeht, so ist es vorgekommen, daß einem geprüften Meister, der sogar in Wien seine Prüfungen gemacht hat, der Bau, den er in Österreich aufgeführt hat, von der Genossenschaft eingestellt wurde. Da wird wieder jemand von der Gegenseite aufstehen und sagen: „Unsere Partei soll damit ins Ministerium gehen.“ Das sind aber Sachen, wo das Ministerium nicht allein maßgebend ist. Österreich ist eine Republik und da haben andere auch etwas dreinzureden, die Genossenschaften haben etwas zu reden. *(Landesrat Hoffenreich: Die christlichsozialen Genossenschaften!)* Auch andere. Der Herr Landesrat regt sich auf, ich kann ihm aber als Obmann einer Genossenschaft sagen, daß da alle Parteien verteilt sind, ohne daß wir in der Mehrheit sind. In Österreich ist es so: Solange man ein Geschäft hat, gibt es keine Partei, da ist es alles eins, ob von dieser oder jener Partei.

Wenn wir einen Beschluß fassen, wird die Sache eher in Schwung kommen. Die Verwaltungsstelle hat seinerzeit auch einen Beschluß gefaßt, hinten aber ist der Vermerk im Gesetz, daß später eine Verordnung herauskommen wird. Ich glaube, der Burgenländer soll auch das Recht haben, ein Österreicher zu sein. Solange wir mit den Österreichern nicht gleichberechtigt sind, sind wir nur halb und halb geduldet. Ich möchte daher das hohe Haus bitten, meinen Dringlichkeitsantrag anzunehmen.

Präsident (Abstimmung): Der Antrag ist beschloffen.

Weiters kommt ein Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Fischl und Genossen, betreffend die Überschreitung der Grenzen bei Güssing durch ungarische Patrouillen.

Schriftführerin Bull (liest):

Ungarische Patrouillen patrouillieren auf der Straße von Güssing nach Heiligenkreuz an der Stelle, wo die Grenze bis zum Straßengraben führt (1½ Kilometer lang); obwohl die Straße noch auf österreichischer Seite liegt, werden die Passanten von den Patrouillen aufgehalten und müssen ihre Grenzübertrittscheine vorweisen. Das ist natürlich ein völlig unstatthafter Vorgang.

Wir stellen daher den dringlichen Antrag:

„Der Landtag wolle beschließen:

Die Regierung wird aufgefordert, an zuständiger Stelle zu erwirken, daß die Passanten dort nicht behelligt werden, zumal dadurch die Märkte von Güssing geschädigt werden.“

Abgeordneter Fischl (zur Begründung der Dringlichkeit): Hohes Haus! Auf Beschwerden von kompetenter Seite hin wurde mir mitgeteilt, daß ungarische Patrouillen zwischen Oberlangzell, das in der Nähe von Güssing liegt, bis Raabfödischerbergen, wo die Grenze durch den Straßengraben führt und die Straße auf der österreichischen Seite liegt, die Grenze überschreiten und Grenzübertrittscheine von den Passanten fordern.

Präsident (Abstimmung): Die Dringlichkeit ist beschloffen.

Abgeordneter Fischl: Ich würde das hohe Haus bitten, daß es die Landesregierung anweisen wolle, diesen Übelstand abzustellen und bei den kompetenten Stellen einzuschreiten, damit diese Zustände verhütet werden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil jeden Monat Märkte in Güssing stattfinden und der ganze Jennezdorfer Bezirk vom Bezirk und Ort Güssing abgeschnitten wäre. Bereits am 5. Februar findet wieder ein solcher Markt in der Gemeinde Güssing statt, und da wäre der ganze Jennezdorfer Bezirk davon abgeschnitten.

Ich bitte das hohe Haus, den Dringlichkeitsantrag anzuerkennen und anzunehmen. (Abgeordneter Mosler: Der Vizekanzler Frank soll bei den Ungarn intervenieren!) Die hohe Regierung möge dies durchführen. (Abgeordneter Mosler: Das können Sie bei Ihren Parteigenossen sicherlich

erreichen!) Hier handelt es sich nicht um Parteigenossen, sondern um den ganzen Handel und Verkehr!

Präsident (Abstimmung): Der Antrag ist beschloffen.

Schriftführerin Bull (liest):

Dringliche Anfrage des Abgeordneten Fischl und Genossen, betreffend die Einzahlungen bei der Ungarischen Landwirtschaftlichen Arbeiter-Landeskasse.

Die Arbeiter und kleinen Landwirte haben unter der ungarischen Herrschaft in die landwirtschaftliche Arbeiter-Landeskasse Versicherungsbeiträge eingezahlt, welche die Pensionsberechtigung bewirken.

Wir stellen an die Regierung die dringliche Anfrage:

„Was wird von seiten der Regierung geschehen, um diese Angelegenheit raschestens im Sinne der Friedensverträge zu regeln?“

Abgeordneter Fischl: Hoher Landtag! Es wird vielleicht allen Herren, die Burgenländer sind, bekannt sein, daß es viele landwirtschaftliche Landesvereine gegeben hat, bei denen Arbeiter und kleine Landwirte einzahlten, um sich für ihr hohes Alter Pensionen zu sichern. Da der Friedensvertrag von Trianon und Saint-Germain für die Übernahme solcher Landesfinanzoperationen garantiert, so möge von seiten der Regierung Österreichs, an das wir nun angeschlossen wurden, dafür Sorge getragen werden, daß die pensionsberechtigten Arbeiter und kleinen Landwirte nicht um ihre eingezahlten Beträge und ihre Versicherungssumme kommen.

Präsident: Nach den Mitteilungen, die der Landesregierung zukommen, ist der Referent momentan nicht in der Lage darüber Aufklärungen zu geben. Der für Landwirtschaft zuständige Referent behält sich aber vor, dem Herrn Abgeordneten Fischl in einer der nächsten Sitzungen auf seine Anfrage entsprechende Aufklärungen zu geben.

Abgeordneter Fischl: Ich erkläre mich damit vollkommen zufrieden, und erwarte von der hohen Regierung, daß sich der Herr Referent in dieser Sache bei den zuständigen Behörden erkundigt und uns darüber berichtet.

Präsident: Die Tagesordnung ist erschöpft. Die Sitzung ist geschlossen. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege bekanntgegeben werden.

(Schluß der Sitzung 17 Uhr 56 Minuten.)